

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1912

53 (23.2.1912) Drittes Blatt

Bezugpreis:
 In Karlsruhe und anderen Orten: frei ins Haus geliefert vierteljährlich 1,60, monatlich 50 Pfennig. Außerwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 2,20, monatlich 60 Pfennig. Post- und Transportkosten abgezogen 1,80. Einzelnummer 10 Pfennig.
 Expedition und Redaktion: Ritterstraße Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Organ für amtliche Anzeigen

Anzeigen:
 Die einseitige Beilage ober dem Raum 20 Pfennig. Reklamazeile 45 Pfennig. Rabatt nach Tarif.
 Anzeigen - Annahme: größte Spätest. bis 12 Uhr mittags, kleinere spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Versprechensliste:
 Expedition Nr. 203. Redaktion Nr. 2004.

Drittes Blatt

Geegründet 1803

Freitag, den 23. Februar 1912

109. Jahrgang

Nummer 53

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

24. Sitzung.

Karlsruhe, 22. Februar.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr.

Am Ministertisch: Minister des Innern Freiherr von und zu Bodenau, Regierungskommissare. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Budgets der Großh. Landwirtschaftskammer für 1912 und 1913, Ausgabe Titel XVI, Einnahme Titel IX.

Landwirtschaft.

Erster Antrag der Abg. Schmidt-Bretten und Genossen über die Maul- und Klauenseuche, Interpellation der Abg. Dr. Zehner und Genossen sowie Hilbert (natl.) und Genossen ebenfalls Maul- und Klauenseuche, Interpellation der Abg. Dr. Zehner und Genossen über den Schutz des walden Riesensauens gegen Verfallung, ferner Interpellation der Abg. Dr. Zehner und Genossen betr. den Anbau und die Reblausfestigkeit der Amerikanerrebe.

Präsident Rohrbach: Die Budgetkommission hat, wie auf Seite 2 des Druckberichts zu lesen ist, beschlossen, die Erörterungen über die prinzipielle Stellung der Landwirtschaftskammer bis zur Beratung der Novelle zum Landwirtschaftskammergesetz zu verschieben. Ich schlage Ihnen vor, diesem Vorschlag zu folgen und die Erörterung über die Landwirtschaftskammer zurückzustellen.

Abg. Freiherr von Wenzingen (Ztr.) erstattet den Bericht der Budgetkommission und bittet um Annahme folgenden Antrages: Die Zweite Kammer möge die Ausgaben Titel XVI, A. ordentlicher Etat mit 2 165 140 M. B. außerordentlicher Etat mit 319 000 M., zusammen für zwei Jahre mit 2 484 140 M., die Einnahmen Titel IX ordentlicher Etat für zwei Jahre mit 83 880 M. genehmigen. In der Begründung des Antrages bemerkt der Berichterstatter u. a.: Die Jahre 1910 und 1911 waren für die Landwirtschaft keineswegs günstig. Trotz des guten Herbstes vom vorigen Jahre stehen die Rebauern heute noch in einer großen Notlage. An den Rebstöcken ist das Holz ertrorzen und deshalb sind die Aussichten für das Jahr 1912 für die Rebauern nicht besonders günstig. Unter der vorjährigen Trockenheit hat der Zuckerrübenbau ebenfalls stark gelitten. Ich erlaube die Regierung, um Auskunft über den derzeitigen Stand der Verhandlungen betr. die Erneuerung der Preussischer Zuckerkonvention zu geben. Die Landwirtschaft hat ein großes Interesse daran, daß diese Konvention wieder zustande kommt. Wenn die Konvention nicht abgeschlossen würde, würde der Zuckerrübenbau schwerlos der Industrie ausgeliefert werden. Die Regierung soll daher im Bundesrat dahin wirken, daß diese Konvention wieder zustande kommt. Eingehend auf die einzelnen Positionen bemerkt der Berichterstatter, daß der Personalaufwand mit 35 % des ganzen Landwirtschaftsbudgets nicht allzu hoch ist.

Die Maul- und Klauenseuche.

Abg. Schmidt-Bretten (Bd. v. Bod.) begründet hierauf folgenden Antrag seiner Fraktion:

„Die Zweite Kammer möge die Großh. Regierung eruchen:

1. zu veranlassen, daß bei Ausbruch der Maul- und Klauenseuche über die Zweckmäßigkeit der zu treffenden Sperremaßnahmen auf Sachverständige aus den Kreisen der Landwirtschaft und des Handels gehört werden.

2. Mittel zur Verfügung zu stellen, aus welchen bedürftige Viehbesitzer, welche infolge der Maul- und Klauenseuche oder durch die wegen dieser Seuche getroffenen Sperremaßnahmen erhebliche Verluste erlitten haben, ein solches Darlehen gerührt werden können.“

Der Abgeordnete bemerkt, daß unter der ländlichen Bevölkerung wegen der Sperremaßnahmen große Erbitterung herrscht. Die Landleute sagen: „In den Sperremaßnahmen habe niemand Interesse als die Tierärzte, denen die Sperremaßnahmen den Geldbeutel füllen“, oder „die Tierärzte verschleppen an meisten die Maul- und Klauenseuche“ ufm. Große Erbitterung herrscht auf dem Lande gegen die Bezirksämter, die bei der ländlichen Bevölkerung kein besonderes Vertrauen genießen. Der Redner bittet die Regierung, die Bezirksämter anzuweisen, künftig bei den zu ergreifenden Maßnahmen auch andere Leute als Bezirksämter zuzuziehen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärt der Redner, er halte es für einen Fehler der Regierung, daß sie die Grenzen gegen Frankreich geöffnet habe. Der beste Schutz gegen die Maul- und Klauenseuche sei das Schließen der Grenze gegen die Einfuhr von lebendem Vieh. Die Regierung soll daher im Bundesrat dahin wirken, daß die Grenzen nicht mehr geöffnet werden. (Bravo! bei den Konserwativen.)

Abg. Weßhaupt-Vullendorf (Ztr.) begründet hierauf die Interpellation seiner Fraktion:

„Was hat die Großh. Regierung getan und was gedenkt sie weiterhin zu tun, um die großen Schäden abzumindern, die der Allgemeinheit, namentlich der Landwirtschaft und dem Gewerbe, durch die Maul- und Klauenseuche entstehen?“

Im Gegensatz zum Vorredner sind diesem Interpellanten keine Klagen über die Bezirksämter bekannt. Die Sperremaßnahmen werden hart empfunden, wenn nur ein Hof verfehlt ist und der ganze Bezirk gesperrt wird. Die Sperre werde in seinem Bezirk hauptsächlich deshalb unangenehm empfunden, weil man dort sehr auf den Markt angewiesen ist. In der Landwirtschaft hofft man, daß das vom Stuttgarter Professor Hoffmann erfundene Mittel zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche „Euguform“ große Erfolge erzielen werde; die Regierung möge daher die damit gemachten Er-

farungen mitteilen. Die Regierung soll zur Bekämpfung dieser Seuche alles aufwenden, was in ihrer Macht steht. (Bravo! beim Zentrum.)

Abg. Hilbert (natl.) begründet folgende Interpellation seiner Fraktion:

„1. Ist der Großh. Regierung bekannt, daß die Maul- und Klauenseuche im Januar, September und November 1911 durch Zufuhr von Schweinen aus dem Biehohof Mannheim nach Billingen und Umgebung verschleppt wurde? Hat eine eingehende Untersuchung stattgefunden?“

2. Welche Maßnahmen gedenkt die Großh. Regierung zu ergreifen, um der Einschleppung der Seuche durch den Verkehr von Tieren aus Schlacht- und Biehohöfen vorzubeugen?“

Der Abgeordnete führt dabei etwa folgendes aus: Unsere Interpellation hat den Zweck, von der Regierung zu erfahren, auf welche Weise und woher die Maul- und Klauenseuche nach Mannheim und von dort nach verschiedenen Teilen des Landes verschleppt worden ist, ob eine genaue Untersuchung stattgefunden hat und ob jene, welche diese Seuche eingeschleppt haben, bestraft worden sind oder bestraft werden konnten. Bekanntlich hat im Januar 1911 ein Händler aus dem Schlacht- und Biehohof Mannheim vier Baggern Schweine nach Billingen transportiert, von denen einige an Maul- und Klauenseuche erkrankt waren. Durch diese kranken Tiere wurde die Seuche in unserer Gegend verbreitet. Das Bezirksamt Billingen hat sich der Sache sofort angenommen. Der Händler hatte keine Zeugnisse über die Gesundheit der Schweine vom Schlachthof in Mannheim. Auf Befragen gab er an, daß es der betreffende Beamte im Mannheimer Biehohof abgesehen habe, ein Zeugnis auszustellen. Das Billinger Bezirksamt hat sich nach Mannheim in dieser Angelegenheit gemeldet, aber es ist dabei nichts herausgekommen. Nach alledem, was uns bekannt geworden ist, muß man bestimmt annehmen, daß auf dem Schlachthof in Mannheim die nötigen Vorkehrungsregeln ganz außer acht gelassen worden sind. Die Schlachthofverwaltung in Mannheim ist schuld daran, daß die Maul- und Klauenseuche nach Baden eingeschleppt worden ist. Daher möchten wir von der Regierung erfahren, ob eine eingehende Untersuchung in dieser Angelegenheit stattgefunden hat. Wenn man in Mannheim richtig vorgegangen wäre, wären wir im vorigen Jahre im ganzen Lande von dieser Seuche verschont geblieben. Im letzten Späthar hat ein anderer Händler mehrere Transporte Schweine nach Billingen eingeschleppt; ein Teil der Sendung war seuchenverdächtig und daher nach Ströbburg zurückgeschickt worden. Eines steht fest, daß auch in Ströbburg nicht die richtigen Maßnahmen getroffen worden sind zur Verhinderung der Verschleppung der Maul- und Klauenseuche. An der Verbreitung dieser Seuche in den Bezirken Donaueschingen und Billingen tragen auch die Unterhändler einen großen Teil der Verantwortung und der Schuld. (Der Redner führt eine größere Anzahl drastischer Beispiele an.) Bei dieser Gelegenheit möchte ich an unsere Landwirte eine ernste Mahnung richten. Es werden nicht immer die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Die Bezirksämter können lange verschärfte Maßnahmen herausgeben, wenn sie von den Landwirten nicht befolgt werden. Es wäre von großer Wichtigkeit, wenn unsere Landwirte bei Ausbruch der Maul- und Klauenseuche den Verkehr von einem verseuchten Dorf zu einem nicht verseuchten recht beschränken würden; Versammlungen und Festlichkeiten sollten gänzlich verboten werden. Bezüglich der Einfuhr von Schweinen sei bemerkt, daß diese Einfuhr nur von den Unterhändlern zu Preisdrückereien verwendet werden. Die Maul- und Klauenseuche hat uns Landwirten einen großen Schaden gebracht. Wenn wir nicht das notwendige Fleisch erzeugen können, so soll Gefrierfleisch eingeführt werden. Wir verlangen, daß Vieh, das in die großen Schlachthöfe eingeführt wird, einer sechsstündigen Quarantäne unterworfen wird. Sehr praktisch geht die Schweiz in dieser Hinsicht vor. In einzelnen Gemeinden ging man bei uns in Baden dazu über, bei Ausbruch der Maul- und Klauenseuche den ganzen Viehbestand sofort abzuschlachten. Dieses Vorgehen ist zu empfehlen, jedoch sollen die Kosten auf die Staatsskasse übernommen werden. Bis jetzt haben dies die Gemeinden getan; diese haben aber dafür erhebliche Summen aufwenden müssen. Die Landwirte benötigen sehr der Unterstützung des Staates; sie können diese sehr gut brauchen, denn sie hatten drei schlechte Jahre hintereinander. Zum Schluß habe ich noch einen Wunsch wegen der Ausstellung von Zeugnissen: Es soll gefällig festgestellt werden, daß für ein Zeugnis und eine Untersuchung nicht mehr als 80 % erhoben werden dürfen; die Genggebühr soll auf die Staatskasse übernommen werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ceppert (Ztr.) begründet folgende Inter-

pellation:

„Welche Maßnahmen hat die Großh. Regierung zufolge eines Beschlusses der Zweiten Kammer vom 2. Februar 1910 zum Schutz des achten Kirchwassers gegen Verschmutzung getroffen und welcher Erfolg ist dabei erzielt worden?“

Der Interpellant macht darauf aufmerksam, daß durch die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer die Preise für das achte Kirchwasser in die Höhe gegangen sind, daß ferner beim Volk der Glaube an die Echtheit wieder wächst und daß daher die Kirchwasserbrenner mit einem Ausblick auf eine bessere Zukunft wieder aufgerichtet worden sind. Dann hat die Regierung einen Erlaß herausgegeben, der Anerkennung verdient. Die Regierung möge dafür eintreten, daß die Brandweinfabrikbesitzer den Kleinrentnern erhalten bleibt. (Bravo! beim Zentrum.)

Abg. Schüler (Ztr.) begründet folgende Inter-

pellation seiner Fraktion:

„1. Welche Schritte hat die Großh. Regierung beim Bundesrat unternommen, um den Anbau

der weißen Amerikaner-(Taylor-) Reben in Baden zu ermöglichen, und welchen Erfolg hat sie dabei gehabt?“

2. Ist die Großh. Regierung in der Lage, neue Erfahrungen über die Reblausfestigkeit der weißen Amerikaner-Rebe mitzuteilen?“

Der Redner weist in seinen Ausführungen auf die große Gärung hin, die unter den Rebauern wegen der Straßettel, die sie wegen des Anbaues dieser Reben erhalten hatten, herrscht. Weiter macht der Abgeordnete auf die Gefahr aufmerksam, die dem Rebauern durch die Einfuhr ausländischer Traubenmaßsche erwahe. Der Redner bittet, die Regierung möge beim Bundesrat dahin wirken, daß dieses Verbot des Anbaues der Taylor-Rebe aufgehoben werde. (Beifall beim Zentrum.)

Minister Freiherr von und zu Bodenau: Wenn ich mich zu den Ausführungen des Berichterstatters Freiherr v. Wenzingen wende, so kann ich ihm nur Dank sagen für dieselben; ich danke ihm auch für das freundliche Gebenken des Herrn Geheimrats Merklein. Dem wichtigsten Bestandteil der Landwirtschaft, dem Ackerbau, werden wir nach wie vor unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden. Ich hoffe, daß wir auf diesem Gebiete auch in Zukunft weiteres leisten können im Benehmen und Zusammenwirken mit der Landwirtschaftskammer. Der Abg. Freiherr v. Wenzingen hat nach dem Schicksal der Preussischer Zuckerkonvention gefragt. Es ist das eine Sache, die eine Angelegenheit des Reiches ist und die demnach Gegenstand der Erörterung im Reichstag sein wird, da dort eine Interpellation über den Stand der Verhandlungen und die Aussichten für das Fortbestehen der Konvention gestellt worden ist; außerdem gehört diese Angelegenheit in das Ressort des Finanzministers. Eine Anfrage der Landwirtschaftskammer haben wir an dieses Ministerium hinübergegeben.

Wenn ich nun zu dem Antrage Schmidt-Bretten und Genossen übergehe, so möchte ich bemerken, daß die Regierung den darin gestellten Forderungen nicht entsprechen kann. Wenn die Maul- und Klauenseuche ausbricht, so ist sofortiges Eingreifen notwendig; es würde eine bedauerliche Verzögerung und Abwägung der Maßnahmen bewirken, wenn erst eine Zusammenkunft von Sachverständigen veranlaßt werden sollte. Im Reichstage wurden bei der Beratung des Viehseuchengesetzes ähnliche Wünsche vorgebracht, die aber keine Berücksichtigung finden konnten.

(Präsident Rohrbach verläßt das Haus und Vizepräsident Geiß übernimmt das Präsidium.) Die Regierung verhält sich auch gegenüber dem zweiten Teil des Antrages Schmidt ablehnd. Wir werden die Gewährung von Darlehen in Anbetracht bringen bei Notständen, wie wir sie im Rebau und bei Hochwasserkatastrophen hatten. Gegen die Gewährung von Darlehen an Landwirte, die infolge der Maul- und Klauenseuche zu Schaden gekommen sind, spricht auch der Umstand, daß unsere Landwirte in der Lage sind, sich gegen solche Schäden zu versichern; der Staat wendet ganz erhebliche Mittel auf, um die Viehversicherung zu erleichtern. Ich wäre bei dieser Gelegenheit versucht, die Frage aufzuwerfen, ob sich nicht eine allgemeine Zersicherung unserer Viehbestände empfehlen würde; dieser Gedanke hat früher in diesem Hause keinen Anklang gefunden, daher will ich heute nicht näher darauf eingehen. Der Abg. Schmidt-Bretten hat im Laufe seiner Begründung gesagt, es sei auf dem Lande niemand verlässlicher als der Bezirkstierarzt. Wenn das so wäre, so wäre es sehr bedauerlich. Ich glaube aber, den Ausführungen der Abg. Hilbert und Weßhaupt-Vullendorf entnehmen zu dürfen, daß dies keineswegs allgemein der Fall ist. Ich gehe auf die vom Abg. Schmidt gegebenen Fälle nicht näher ein, werde ihnen aber nachgehen und aus dem Ergebnis der Untersuchung die notwendigen Folgerungen ziehen. Ich wiederhole noch einmal gegenüber den Worten des Abg. Schmidt, daß in jedem Falle erwiesen ist, daß die Maul- und Klauenseuche nicht aus Frankreich eingeschleppt worden ist, sondern aus Norddeutschland und aus dem Elsch.

Ich komme nun zur Interpellation Dr. Zehner und Genossen. Ich gebe meiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß sowohl dieser Interpellant als auch der Abg. Hilbert darauf hingewiesen haben, daß Landwirte in ihrem eigenen Interesse die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche unterstützen müssen. In der Tat kommt es wesentlich darauf an, daß die Landwirte diese Maßnahmen als in ihrem Interesse gesehen anerkennen und dann demgemäß handeln. Im übrigen darf ich sagen, daß ich selbstverständlich die großen Schäden, die der Landwirtschaft durch diese Krankheit erwachsen sind und noch erwachsen werden, auf das schmerzlichste bedauere und sie in ihrem ganzen Umfang erkenne und würdige. Für die Bekämpfung kommen verschiedene Maßnahmen in Betracht; diese müssen zur Vermeidung des größeren Übels der weiteren Ausbreitung ergreifen werden. Das Ministerium hat die Maßnahmen scharf, aber nicht mit unnötiger Schärfe angenommen. Am meisten hat die Regierung darauf gesehen, daß diese Seuche nicht von außerhalb gesehen, daß diese Seuche nicht eingeschleppt werden sollte. Alle nach Baden eingeschleppt worden sind. Alle diese Maßnahmen, zu denen die Regierung im Laufe der Jahre gegriffen hat, haben sich als außerordentlich wirksam erwiesen. Die Regierung hat alles getan, was notwendig war. Sie hat ihre Behörden angewiesen, die nötigen Maßnahmen mit der nötigen Schärfe zu treffen und zur Durchführung zu bringen. Diese Maßnahmen haben vielfach Zustimmung erzeugt. Das Ministerium hat daraufhin angeordnet, daß die Maßnahmen nur so lange aufrecht erhalten werden sollen, als dies durch den Stand der Seuche unbedingt geboten ist und daß Widersprüche eintreten sollen, wo dies gegeben kann. Besondere Maßnahmen wegen der Schäden, die durch die Notmaßnahmen hervorgerufen werden, kann das Ministerium nicht für geboten erachten, da diese Schäden von der Versicherung getragen werden. Wenn das Viehseuchengesetz in

Kraft tritt — dies wird bereits am 1. April 1912 der Fall sein —, wird übrigens in beschränktem Umfang eine Gewährung von Unterstüngen aus der Staatskasse eintreten, nämlich für die auf polizeiliche Anordnung getöteten Tiere. Wenn uns die Besicherung in unserem Kampfe gegen die Maul- und Klauenseuche inhärent unterstüht, wird es uns gelingen, diese Seuche auszurotten. Ueber die Versuche mit dem Heilmittel Euguform in Baden möchte ich Ihnen folgendes mitteilen: Nach den in Baden vorgenommenen Versuchen mit Euguform hat sich gezeigt, daß Euguform ein sehr nützlich-liches Heilmittel ist, insbesondere zur Behandlung des Enters, daß es aber keineswegs ein spezifisches Heilmittel für die Maul- und Klauenseuche ist und sich auch nicht in allen Fällen als sehr wirksam erwiesen hat, namentlich hat sich nicht ergeben, daß die Heilung schneller erfolgen würde. Es sind Tiere im gleichen Stall, die nicht mit Euguform behandelt worden sind, ebenso schnell gesund geworden wie mit Euguform behandelte Tiere.

Auf die Interpellation der Abg. Hilbert und Genossen möchte ich folgendes erwidern: Die Fälle sind der Regierung bekannt; es hat eine Untersuchung stattgefunden, deren Ergebnis folgendes ist: Die im Januar 1911 erfolgte Einschleppung der Seuche nach Billingen ist auf die Zufuhr von Schlachtschweinen aus Mannheim zurückzuführen und die Anftedlung im September und November auf die Zufuhr von Schlachtschweinen aus dem Schlacht- und Biehohof in Ströbburg. Von den Schweinen aus dem Mannheimer Biehohof stammten 27 aus Holtstein und 26 aus Schlesien. Bei ihrer Anftunft in Mannheim wurden sie vom Tierarzt untersucht und als frei von der Maul- und Klauenseuche befunden. Die Schweine wurden dann nach Billingen, Donaueschingen, Furtwangen, Triberg und Schminningen verkauft. Am 23. Januar und an den folgenden Tagen wurden Schweine in Billingen als anscheinend gesund geschlachtet. Am 23. und 30. Januar und am 1. Februar wurde in Billingen, Furtwangen, Donaueschingen und Schminningen in Ställen, in denen die Schweine vorübergehend untergebracht waren, die Maul- und Klauenseuche festgestellt. Es ist daher als erwiesen anzusehen, daß die Schlachtschweine von der Maul- und Klauenseuche angesteckt waren und diese Seuche durch diese Tiere eingeschleppt worden ist. Das Ministerium hat in Mannheim einen besondern Amtstierarzt bestellt.

Von der Maul- und Klauenseuche gehe ich zu einem ertrlicheren Gegenstande über, zum

echten Kirchwasser.

Das Ministerium hat eine Anfrage an die Bezirksämter gerichtet und von ihnen erfahren, daß Wahrnehmungen über Fälschungen des Kirchwassers nicht mehr gemacht werden. Mit Ausnahme von zwei Bezirksämtern haben alle erklärt, daß die von der Regierung zum Schutze des echten Kirchwassers getroffenen Maßnahmen den gewünschten Erfolg hatten. Die Lebensmittelprüfungsstation hat mitgeteilt, daß sie von Produzenten und Kleinhändlern wiederholt in Anspruch genommen worden ist. Die Brenner sind bestrebt, einwandfreies Kirchwasser zu brennen. Nach allem, was die Regierung hört, ist anzunehmen, daß die von ihr getroffenen Maßnahmen zum Schutze des echten Kirchwassers genügen.

Noch einige Worte zur Interpellation über die Zulassung der

Amerikaner-Rebe.

Der Interpellant hat die frühere Geschichte dieser Angelegenheit treffend dargestellt. Ich habe mich in früheren Jahren eingehend über diese Frage geäußert. Ich will heute mitteilen, daß die badische Regierung am 7. März 1911 beim Bundesrat den Antrag gestellt hat, dieser wolle beschließen, den Anbau der weißen Taylorrebe zur Vereitlung des Haustrunkes zuzulassen. Dieser Antrag ist noch nicht verbeschieden; die Aussichten auf seine Annahme sind keineswegs günstig. Es ist ein erheblicher Widerstand von einer Anzahl Bundesstaaten vorhanden. Ich habe nach Lage der Verhältnisse es nicht für angezeigt gehalten, darauf zu dringen, daß unser Antrag einer beschleunigten Verbescheidung zugeführt wird, weil nach meinen Informationen ein glattes Nein zu erwarten wäre. Die badische Regierung behält die Angelegenheit im Auge und wird sich bei gegebener Gelegenheit erneut bemühen. Die Versuche, die hinsichtlich der Reblausfestigkeit gemacht werden, sind noch nicht abgeschlossen; man wird noch einige Jahre bedürfen, bis man darüber Bestimmtes sagen kann. Was die Frage der Gefahr der ausländischen Maische betrifft, so kann ich versichern, daß die Regierung diese Frage im Auge behalten wird und ihr ihre ganze Aufmerksamkeit widmet. Wir haben bereits eine Vorstimmung der Landwirtschaftskammer nach Berlin weitergeleitet.

Schluß der Sitzung nach 1 Uhr.

Freitag vormittag 10 Uhr Fortsetzung.

Petitionen.

Dem Landtag sind neuerdings folgende Petitionen zugegangen: Vom Verein stadlich geprühter bad. Wertmeister in Karlsruhe, die Verstaatlichung der Baukontrolle, hier die statmäßige Anstellung der Bezirksbaukontrollen; von der Vereinigung der Bauaufsicher bei der Großh. bad. Eisenbahnverwaltung um Einleitung derselben in eine höhere Gehaltsklasse; vom Verein der Hilfsaufseher im Földienst um Verbesserung ihrer Anstellungsverhältnisse im Privatlagereaufsichtsdienst; von den Zoll- und Hilfsaufsehern im Privatlagereaufsichtsdienst um Gewährung freier Dienstleistung; von der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes wegen Errichtung einer badischen Handelsinspektion; von der Schwarzwälder Handelskammer zur Unterstützung der Petition des Vereins badischer Handelslehrer um Verbesserung der Lage derselben.

